

Statement

des DFG-Präsidenten Professor Dr.-Ing. Matthias Kleiner
zur Jahrespressekonferenz der DFG

Berlin

8. Juli 2010, 11 Uhr



Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren, auch von mir ein herzliches Willkommen!

Ich möchte diese Jahrespressekonferenz mit einem Thema beginnen, das für die Deutsche Forschungsgemeinschaft in bestimmter Hinsicht neu ist und doch auch wieder nicht neu ist, das Sie aber sicherlich nicht sofort und als erstes mit der DFG in Verbindung bringen.

Sie alle kennen die DFG als die größte und wichtigste Förderorganisation im Bereich der Grundlagenforschung. Das sind wir nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, wie auch einige Zahlen aus unserem neuen Jahresbericht zeigen, den wir Ihnen heute ebenfalls vorstellen. Um nur die wichtigsten zu nennen: Der DFG standen – einschließlich der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder – 2009 fast 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung; zusammen mit den Fördermitteln, die sich über mehrere Jahre verteilen, haben wir 2009 sogar gut 2,7 Milliarden Euro an Fördermitteln bewilligt, und das für insgesamt mehr als 17 000 Forschungsprojekte aller Art und aus allen Bereichen.

Die Grundlagenforschung und ihre Förderung werden auch in Zukunft klar im Zentrum unserer Aktivitäten stehen, sie ist *die* Aufgabe der DFG.

Und doch wollen wir künftig auch den **ERKENNTNISTRANSFER** verstärken. Wir wollen mehr dafür tun, dass die Erkenntnisse und Ergebnisse der von uns geförderten Projekte noch besser wirksam werden. Grundlagenforschung und Anwendung müssen aus unserer Sicht enger miteinander verzahnt werden, Wissenschaft und Wirtschaft intensiver miteinander kooperieren.

Davon erhoffen wir uns einen doppelten Effekt: Ein besserer Erkenntnis-transfer kann zu vermehrten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen führen, kann Wegbereiter sein für Sicherheit und Wohlstand und so dafür sorgen, dass die Wissenschaft tatsächlich Wirtschaftskraft

schaft und die Gesellschaft trägt. Vor allem aber kommen solche Prozesse auch wieder der Wissenschaft zugute. Ganz im Sinne eines Wechselspiels von Geben und Nehmen können durch den Erkenntnis-transfer etwa neue wissenschaftliche Fragestellungen aufgeworfen werden, die zu weiterer, besserer Grundlagenforschung führen.

Und deshalb wollen wir unsere Aktivitäten in der Wechselwirkung von Grundlagenforschung und Anwendungspraxis, beim Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft verstärken.

Wir fangen dabei nicht bei null an. Schon seit 15 Jahren fördert die DFG Transferprojekte, zunächst in den Sonderforschungsbereichen, nach und nach auch in den anderen Programmen. Dafür geben wir inzwischen gut 20 Millionen Euro pro Jahr aus. Und seit 2006 können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Erkenntnisse mithilfe der DFG in einem bestehenden oder neu zu gründenden Unternehmen weiterentwickeln, und zwar bis zum Prototyp.

Wir tun also bereits einiges – und wollen doch deutlich darüber hinaus gehen. Was heißt das nun? Nun, vielleicht ist es einfacher zu sagen, was es nicht heißt und nicht ist.

Erkenntnistransfer, wie wir ihn stärken wollen, ist kein einseitiger Prozess von der Forschung in die Anwendung und von der Wissenschaft in die Wirtschaft, sondern ein Wechselspiel, wie ich es schon beschrieb.

Erkenntnistransfer darf sich zweitens nicht auf die Ingenieurwissenschaften beschränken. Eben das tut er bislang aber häufig. Dabei gibt es auch in den anderen Wissenschaftsgebieten große Potenziale für Erkenntnis-transfer. Eines der für mich besten Beispiele kommt aus den Geisteswissenschaften, aus einem Sonderforschungsbereich an der Universität Hamburg zur „Mehrsprachigkeit“, aus dem wir schon jetzt fünf Transferprojekte fördern. Da fließen die wissenschaftlichen Erkenntnisse ein in

Programme zur Verbesserung des schulischen Fremdsprachenunterrichts oder in Fortbildungen für zweisprachige Krankenhausmitarbeiter, die zwischen Ärzten und Patienten dolmetschen. Ein weiteres Beispiel aus der Medizin gibt einer unserer Leibniz-Preis-Träger von 2010, Professor Christoph Klein, in der Pädiatrischen Onkologie, also bei Krebserkrankungen von Kindern. Seine neuen Themen für die Grundlagenforschung kommen aus der klinischen Praxis.

Genauso eng ist die Wechselwirkung in einem Sonderforschungsbereich in Hannover, der sich unter anderem mit Cochlea-Implantaten für taub geborene oder taub gewordene Patienten beschäftigt. Das ist zunächst reine Grundlagenforschung an der Schnittstelle von Medizin und Materialwissenschaft. Die Erkenntnisse aber sollen mit einem Anwendungspartner für die industrielle Implantatfertigung genutzt werden. Und aus dieser Praxis wiederum ergeben sich Impulse für die Forschung an anderen elektronischen Implantaten, etwa zur Wiederherstellung geschädigter Nervenfunktionen. Und als letztes Beispiel: Die Erkenntnisse der von uns geförderten Robbenforscher in Rostock-Warnemünde über die Barthaare der Robben, die Vibrissen, können von großem Gewinn für die Strömungsmechanik sein.

Diese Beispiele zeigen auch: Erkenntnistransfer muss nicht immer gleich die konkrete Anwendung im Blick haben, sondern auch und mindestens genauso die davor geschaltete Forschungspraxis.

Schon insofern bedeutet Erkenntnistransfer für uns, und das möchte ich besonders betonen, auch nicht die oft befürchtete „Ökonomisierung der Wissenschaft“, sondern langfristig angelegte strategische Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor, auf Augenhöhe und zu allseitigem Nutzen.

In diesem Sinne wollen wir den Erkenntnistransfer also stärken – und wir hoffen, dass wir damit so schnell so viel erreichen wie bei dem zweiten Thema, das ich ansprechen möchte: die **GLEICHSTELLUNG IN DER WISSENSCHAFT**.

Sie erinnern sich: Vor zwei Jahren haben die Mitglieder der DFG mit überwältigender Mehrheit hier in Berlin die „Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ angenommen, die eine von der DFG eingesetzte Arbeitsgruppe formuliert hatte. Diese Standards sollen den beschämend geringen Frauenanteil vor allem bei den Professuren im deutschen Wissenschaftssystem erhöhen, der ja auch eine Verschwendung intellektueller Ressourcen ist. Im Kern soll sich dafür jede Hochschule oder andere Mitgliedseinrichtung der DFG selbst Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils auf den einzelnen Qualifikationsstufen setzen.

Vor einem Jahr konnte ich an dieser Stelle berichten, dass fast alle Mitgliedshochschulen und auch einige nicht-universitäre Mitglieder die Einführung der Standards beschlossen und einen ersten Bericht zu ihrer Umsetzung vorgelegt hatten.

Diese Berichte sind inzwischen alle ausgewertet – und zwar von der im vergangenen Jahr eingesetzten Arbeitsgruppe unter Leitung unseres Vizepräsidenten Professor Ferdi Schüth –, sodass wir heute eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung der Standards ziehen können.

Diese Zwischenbilanz fällt aus unserer Sicht deutlich positiv aus. Alle Hochschulen haben Erfolg versprechende Maßnahmen eingeleitet, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Es sind zum Beispiel nicht immer die großen und forschungsstarken Universitäten, die auch die Vorreiter in Sachen Gleichstellung sind. Vielmehr sind hier auch kleinere Hochschulen außerordentlich engagiert und erfolgreich. Insgesamt aber, und das

stimmt uns sehr positiv, haben unsere Standards in allen Hochschulen zusätzliche starke Impulse für mehr Gleichstellung ausgelöst.

An zwölf Hochschulen ist das aus unserer Sicht besonders der Fall, sie sind besonders weit bei der Umsetzung der Standards und wurden von der Arbeitsgruppe lobend hervorgehoben. Es sind dies: die RWTH Aachen, die Freie Universität und die Humboldt-Universität in Berlin, die Universitäten Bielefeld, Bremen, Duisburg-Essen, Freiburg und Göttingen, Hamburg, Paderborn, Tübingen und Würzburg.

Sie alle zeichnen sich – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – durch vier Punkte aus. Erstens: In der Leitungsebene gibt es eine klare institutionelle Zuständigkeit für die Umsetzung der Standards. Zweitens: Das Gleichstellungskonzept ist Teil der Gesamtstrategie der Hochschule. Drittens: Für Gleichstellungsmaßnahmen und die Umsetzung der Standards werden gezielt und nachhaltig Mittel zugewiesen. Und viertens: Alle zwölf Hochschulen haben sehr anspruchsvolle Zielvorgaben formuliert und sich selbst darauf verpflichtet.

Wie geht es nun weiter? Zunächst einmal wollen wir die Bewertungsergebnisse, die ich Ihnen gerade vorgestellt habe, in aller Kürze veröffentlichen. Die Hochschulen selbst können auch ihre kompletten Berichte und das Votum der Arbeitsgruppe veröffentlichen, einige haben dies ja auch schon getan. Zugleich erbitten wir von den Hochschulen einen weiteren Zwischenbericht. Diese Berichte sollen im Februar 2011 vorliegen und werden dann von der Arbeitsgruppe ausgewertet, Nach der Mitgliederversammlung 2011 sollen sie zentral und dann auch mit den jeweiligen Bewertungen durch die DFG veröffentlicht werden.

Schon jetzt aber, und darauf möchte ich besonders hinweisen, spielen die Maßnahmen der Hochschulen für mehr Gleichstellung und die Bewertung durch die Arbeitsgruppe eine Rolle bei der Begutachtung von

Förderanträgen in unseren Koordinierten Programmen, also bei Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und anderen. Hier können die Hochschulen schon jetzt auf ihren Bericht und dessen Bewertung verweisen, und das werden vor allem jene, die schon besonders weit sind, auch sicher gerne tun. Die Hochschulen, die noch nicht so weit sind, müssen dementsprechend umso deutlicher erläutern, welche weiteren Maßnahmen sie geplant und vielleicht schon eingeleitet haben.

Ich bin in den letzten beiden Jahren immer wieder danach gefragt worden und will es auch jetzt noch einmal sagen: Die Gleichstellungsstandards sind natürlich kein alleiniges Zustimmungs- oder Ablehnungskriterium für eine DFG-Förderung. Hier ist ganz klar die wissenschaftliche Qualität entscheidend. Aber: Bei wissenschaftlich gleichwertigen Anträgen oder bei Entscheidungen zwischen „sehr gut“ und „noch besser“ können auch die Gleichstellungsaktivitäten den Ausschlag geben.

Insgesamt, das möchte ich noch einmal betonen, sehen wir uns und sehen wir vor allem die Hochschulen in der DFG in Sachen Gleichstellung auf einem guten Weg.

Auf einen nicht nur guten, sondern auf einen noch besseren Weg wollen wir die Hochschulen auch bei einem Thema bringen, das vielleicht etwas technisch daherkommt, das aber für die Hochschulen und für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bei der DFG Fördermittel für ihre Forschungsprojekte beantragen und die diese Projekte ja auch organisieren müssen, von großer und zugleich alltäglicher Bedeutung ist. Ich meine den **EINSATZ DER DFG-FÖRDERGELDER**, vor allem im **Bereich von STELLEN UND PERSONAL**.

In meiner ersten Rede als DFG-Präsident, beim Neujahrsempfang 2007, hatte ich die Weiterentwicklung unser Förderinstrumente angekündigt als kontinuierliche Aufgabe unter dem Motto: „Mehr Zeit für Forschung, we-

niger Bürokratie.“ Es ging um mehr Spielräume, um mehr Unkonventionelles, mehr Forschungsrisiko und mehr Freiheit. Wir haben hier in der Zwischenzeit einiges geschafft. Jetzt nun ein weiterer Schritt.

Hier wollen wir erreichen, dass die Hochschulen ihre Mittel künftig noch deutlich flexibler und ganz an ihren konkreten Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet verwenden können.

Wir tun dies vor dem Hintergrund der „Wissenschaftsfreiheitsinitiative“, mit der die Bundesregierung seit 2007 die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft durch mehr administrative Freiheiten verstärken will. Diese Initiative wird ja, wie Sie vielleicht wissen, auf Seiten der Wissenschaft und der Wissenschaftsorganisationen von der DFG und ganz besonders von unserer Generalsekretärin Frau Dzwonnek nicht nur begleitet, sondern mit hohem Engagement vorangetrieben, etwa durch die Bemühungen um die Einführung von Globalhaushalten, die auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorsieht.

Für uns als Förderorganisation ist dabei ganz wichtig und klar: Wir geben die Freiheiten, die wir im Rahmen dieser Initiative erhalten, an die weiter, die von uns gefördert werden. Die DFG wird daher ihre Förderbedingungen weiter flexibilisieren. So kann die Entscheidung darüber, ob die Fördermittel für Personal, Sachmittel oder Geräte verwendet werden, in Zukunft von den Universitäten und Forschungseinrichtungen selbst getroffen werden. Die bisherige Form der Stellenbewilligung passt nicht mehr in ein System der freien Umdisposition von Mitteln. Daher wird die DFG künftig statt Stellen pauschalisierte Geldbeträge bewilligen. Damit ist die vollständige Deckungsfähigkeit zwischen Personal-, Sach- und Investitionsmitteln erreicht – ein großer Schritt. Natürlich werden wir nicht zulassen, dass dadurch Gutachterentscheidungen umgangen oder Mittel nicht projektspezifisch eingesetzt werden. Die neuen Freiheiten dürfen auch nicht dazu führen, dass von der DFG finanzierte Projektmitarbeiter nicht

mehr fair bezahlt werden. Hier vertrauen wir darauf, dass die Universitäten und Forschungseinrichtungen ihre Verantwortung gerade auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs wahrnehmen.

Aber insgesamt bleibt festzuhalten, dass die DFG-Förderung einfacher und unbürokratischer wird und eine schnelle Entscheidung vor Ort ermöglicht. Und ein Zweites möchte ich betonen: Wir geben den Universitäten mehr Freiheit – und nicht, was oft die Gleichung ist, weniger Geld!

„Geld“ ist sicherlich auch das richtige, ja unvermeidliche Stichwort, um abschließend kurz auf einige **WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHUL-POLITISCHE THEMEN** zu sprechen zu kommen. Denn natürlich betreiben wir alle unsere Aktivitäten nicht im luftleeren Raum, und dies merkt man in Zeiten wie diesen besonders deutlich.

Ich habe es immer wieder betont, aber man kann es in diesen Tagen gar nicht oft genug sagen: Bildung und Forschung sind die einzigen großen Bereiche im Bundeshaushalt, die von den allgemeinen Sparanstrengungen nicht nur ausgenommen sind, sondern sogar noch aufgestockt werden sollen. Das ist ein starkes Signal, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Entscheidung richtig ist! Natürlich: Damit verbunden ist auch eine große Verantwortung, und der sind wir uns bewusst und werden ihr gerecht werden – nämlich die Verantwortung, die finanziellen Mittel nachhaltig einzusetzen. Auch in diesem Sinne lautete das Motto unserer gestrigen Mitgliederversammlung „nachhaltig. forschen. fördern.“, was dreierlei meint: nachhaltig forschen, nachhaltig fördern und nachhaltiges Forschen fördern.

Ein genauso starkes Signal ist auch, dass der Bund und die Länder trotz der Finanzkrise – und trotz der Nöte, in denen wir vor allem einige Bundesländer sehen – in vollem Umfang an den drei großen Wissenschaftspakten festhalten, die sie im vergangenen Jahr beschlossen haben. Um

auch das nochmals zu sagen: Mit der Fortführung der Exzellenzinitiative, dem Pakt für Forschung und Innovation und dem Hochschulpakt sollen bis 2018 rund 18 Milliarden Euro in Bildung und Forschung fließen, davon fünf Milliarden Euro über die DFG in die Grundlagenforschung.

Was das für uns konkret bedeutet, haben wir erst vor zwei Wochen gesehen, als die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder den neuen Etat der DFG beschlossen hat. Im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation bedeutet das für das kommende Jahr tatsächlich ein Plus von fünf Prozent und damit für uns und für die Wissenschaft in Deutschland nicht nur Sicherheit, sondern Perspektive.

Dieselbe Perspektive, eine ausgesprochen gute Perspektive, bringt auch die Fortführung der Exzellenzinitiative mit sich, die ich als letztes ansprechen möchte. Sie alle wissen: Der Wettbewerb ist gestartet, die neue Phase der Exzellenzinitiative läuft seit Mitte März, bis Ende April hatten die Hochschulen Gelegenheit, bei der DFG Absichtserklärungen für neue Projekte und Einrichtungen abzugeben. Diese Absichtserklärungen sind zwar rechtlich unverbindlich, aber für uns doch eine wichtige Orientierung für die Antragsskizzen zu neuen Projekten, die wir als nächstes erwarten. Und davon ausgehend, lässt auch diese neue Phase der Exzellenzinitiative ausgesprochen viel erwarten.

Die Zahlen sind Ihnen bekannt: Es wurden insgesamt 247 Absichtserklärungen für neue Projekte abgegeben, davon 108 für Graduiertenschulen, 115 für Exzellenzcluster und 24 für weitere Zukunftskonzepte ganzer Universitäten.

Das zeigt für uns: Das Interesse der Universitäten an der Exzellenzinitiative und an diesem Wettbewerb zur Stärkung ihrer Spitzenforschung ist weiterhin sehr groß. Und es zeigt auf keinen Fall eine „Antragsflaute“, die der eine oder die andere darin zu sehen meint. Eine solche „Antragsflau-

te“, das will ich hier ganz klar sagen, gibt es aus unserer Sicht nicht. Die Zahl der Absichtserklärung jetzt ist im Vergleich zur ersten Phase proportional zum zusätzlich verfügbaren Mittelvolumen.

Und was es mehr noch gibt, ist eine gestiegene Einsicht bei den Universitäten. Wir haben den Universitäten dieses Mal schon im Vorfeld klar zu verstehen gegeben, dass ihre Erfolgchancen höher sind, wenn sie schon bei der internen Auswahl ihrer Projekte strengste Kriterien anlegen und eher mit wenigen, aber dafür besonders durchdachten Bewerbungen ins Rennen gehen. Diese Botschaft ist offenbar angekommen. Die Universitäten haben der Versuchung widerstanden, Quantität vor Qualität zu setzen.

So ist aus unserer Sicht alles bereit für einen harten und spannenden Wettbewerb. Im Moment bereiten wir uns auf die schon erwähnten Antragsskizzen vor, die die Universitäten bis zum 30. September für neue Projekte einreichen müssen. Diese werden im Herbst und Winter begutachtet, und im nächsten Frühjahr werden die Kommissionen von DFG und Wissenschaftsrat dann entscheiden, welche Projekte weiterkommen und sich mit den bereits geförderten Exzellenzeinrichtungen messen können. Deren Fortsetzungsanträge – und wir gehen erst einmal davon aus, dass alle 85 jetzigen Einrichtungen auch weiter gefördert werden wollen – erwarten wir dann zum Herbst nächsten Jahres. Die endgültige Entscheidung fällt im Juni 2012.

Sie sehen, die Exzellenzinitiative wird uns und Sie noch eine ganze Zeit lang begleiten, sicher auch auf der nächsten Jahrespressekonferenz der DFG 2011. Für heute darf ich mich für Ihr Interesse bedanken, und für Fragen stehe ich nun gerne zur Verfügung, ebenso Frau Dzwonnek.